

Extremismus-Experte: Thüringer CDU und FDP handeln unverantwortlich -

epd-Gespräch: Daniel Staffen-Quandt

München, Erfurt (epd). Das Verhalten der Landesverbände von CDU und FDP bei der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum thüringischen Ministerpräsidenten mit Stimmen der AfD war laut Rechtsextremismus-Experte Martin Becher mindestens blauäugig. «Der AfD, gerade dem Thüringer Landesverband rund um Björn Höcke, geht es niemals um Sach- und Realpolitik, sondern um reine Symbol- und Zersetzungspolitik», sagte Becher, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz, dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Donnerstag. Dass CDU und FDP der AfD eine solche Bühne geboten hätten, «um in erster Linie Rot-Rot-Grün zu ärgern», sei unverantwortlich.

Becher sagte, wenn die Medienberichte zuträfen, wonach die CDU-Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer die Beteiligten in Thüringen vor diesem Ausgang der Wahl am Mittwoch vorab gewarnt hatte, «ist das eine Katastrophe». Alleine schon bei der Ahnung, dass so etwas passieren könnte, hätten die Beteiligten von CDU und FDP die Finger davon lassen müssen. Gerade in Thüringen, wo der Fraktionschef der AfD gerichtsfest als Faschist bezeichnet werden dürfe, dürfe man eine solche Gefahr als demokratische Partei nicht eingehen - egal aus welcher Motivation heraus.

Den eigentlichen Dambruch sieht der Rechtsextremismus-Experte bei FDP-Mann Kemmerich selbst. «Er hat 45 Stimmen von 90 Abgeordneten erhalten, Linken-Politiker und nun Ex-Ministerpräsident Bodo Ramelow 44 Stimmen - man kann also durchaus sagen: Kemmerich wurde gegen Ramelow mit Höckes Stimme ins Amt befördert», sagte Becher. Die Wahl vor diesem Hintergrund anzunehmen, sei der zweite schwere Fehler gewesen. Dass Kemmerich nun Grüne und SPD zur Zusammenarbeit eingeladen habe, sei gewissermaßen ein vergiftetes Angebot: «Grüne und SPD können nach diesem Ablauf der Wahl nur konsequent ablehnen.»

Becher kritisierte die beiden bürgerlichen Parteien CDU und FDP in Thüringen auch wegen ihrer grundsätzlichen Gleichsetzung der Linken in Thüringen mit der AfD: «Das, was Ramelow fünf Jahre lang mit Rot-Rot-Grün gemacht hat, war sozialdemokratische Politik aus der Ära vor der Agenda 2010.» Als Sozialismus und Linksextremismus könne man das nicht bezeichnen. Die Gleichsetzung der AfD mit der Linken durch CDU und FDP als extremistische Parteien entspricht nicht der faktischen Politik von Ramelow. Die extreme Rechte stehe für Menschenfeindlichkeit, sie schüre gruppenbezogenen Hass. Dies finde man gerade bei der Ramelow-Linkspartei nicht.

Der FDP-Politiker Kemmerich hatte am Mittwoch im dritten Wahlgang bei der Wahl zum thüringischen Ministerpräsidenten 45 Stimmen der 90 Abgeordneten erhalten. Er setzte sich gegen Amtsinhaber Ramelow (Linke) durch, der 44 Stimmen auf sich vereinen konnte. Kemmerich war

erst im dritten Wahlgang angetreten, nachdem Ramelow in den ersten zwei Wahlgängen die Mehrheit verfehlt hatte. Kemmerich wurde offenbar mit den Stimmen der CDU, FDP und AfD gewählt. Nach der Wahl vom Oktober verfügen Linke, SPD und Grüne zusammen über 42 Mandate. AfD, CDU und Liberale kommen auf 48 Stimmen.

Das Bayerische Bündnis für Toleranz ist ein Zusammenschluss vieler gesellschaftlicher, politischer, sozialer und kirchlicher Akteure. Zu den Mitgliedern gehören neben der bayerischen Landeskirche zum Beispiel auch der Landes-Caritasverband, die Diakonie, das Kultusministerium und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Bayern. Sprecher des Bündnisses ist der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Geschäftsführer ist Extremismus-Experte Becher.